

Spitalauslagerung – eine Bilanz

Nov 7th, 2012 | By [sponline](#) | Category: [Allgemein](#), [Hauptartikel](#), [News](#)

Der Verwaltungsrat weiss nicht, wie es an der Basis aussieht. Und beim Personal brodelt es. Dies zeigte eine Diskussionsveranstaltung in Basel, an der eine Bilanz über die Anfang dieses Jahres vollzogene Auslagerung der Spitäler aus der kantonalen Verwaltung gezogen wurde. Anlass für diesen Schritt war die gesamtschweizerische Umstellung der Spitalfinanzierung auf DRG (Fallpauschalen). Anders als ursprünglich versprochen, sollen diese nicht zu Kosteneinsparungen führen. Gespart wird trotzdem, mit zusätzlichen Massnahmen, was die Beunruhigung steigert.

Am 1. November stellte sich Michael Plüss, der Präsident des Verwaltungsrats des Universitätsspitals Basel (USB), den kritischen Fragen des Vereins Gesundheit für alle. Der Verein hatte sich seinerzeit konstituiert, um sich gegen die Auslagerung der staatlichen Basler Spitäler zur Wehr zu setzen. Nun verfolgt er deren Umsetzung kritisch. Den Titel der Veranstaltung, ‚Spitalauslagerung: Wer profitiert, wer verliert?‘, bezeichnete Plüss eingangs als eine falsch gestellte Frage, denn es gebe weder Verlierer noch Gewinner. Der Leistungsauftrag werde wie bisher vom Gesundheitsdepartement vorgegeben, das dessen Einhaltung kontrolliere.

DRGs schwierig für das USB

Viel folgenreicher für den Alltag der Spitäler sei hingegen die neue Spitalfinanzierung durch DRGs. Zwar würde nun nach den Vorgaben der Swiss DRG AG Rechnung gestellt. Ob aber die zurzeit angewandten Tarife für stationäre Behandlungen gelten und definitiv bezahlt werden, werde wohl von den Gerichten entschieden werden. Schlimmstenfalls drohe dem USB eine Ertragsverminderung von bis zu 30 Prozent, was das heutige Qualitätsniveau des Spitals in Frage stellen würde. Zudem würden die ambulanten Dienstleistungen wegen Tarmed – „einem Folterinstrument für die Ärzte“ – in keiner Weise kostendeckend abgegolten. Die einzige für das Spital rentable Patientengruppe seien die Privatpatienten. Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, dass die Einführung der DRGs das Hauptargument für die Auslagerung der Spitäler aus der kantonalen Verwaltung darstellte und dass die Ärzteschaft mit dem Tarmed lebt.

Personal am Anschlag

Dass derartige finanzielle Aussichten alles andere als ermutigend sind, ist offensichtlich. Von verschiedenen Mitarbeitenden des USB, aus der Pflege und den ambulanten Bereichen, waren Klagen zu hören: Zunahme der Patientenzahl und noch stärkere Zunahme der Pflegeverrichtungen ohne Veränderungen (Neueinstellung von Personal), Engpässe in der ambulanten Betreuung, Verständnislosigkeit der Personalverantwortlichen. Man höre immer nur die gleichen Sätze, wie: „Wir sind in einer Umbruchsphase, man kann nichts tun“. Klagen äussere man deshalb gar nicht mehr.

Michael Plüss reagierte überrascht auf diese Kritik. Vieles höre er zum ersten Mal. Es seien doch dezentrale Personalverantwortliche eingesetzt worden, die die Pflicht hätten, konstruktive Lösungen zu suchen. Er versprach, den Problemen nachzugehen, und offerierte, man solle ihm derartige Missstände mitteilen. Andererseits stellte er klar, dass das Spital mit den Ressourcen, insbesondere den personellen, die 63 Prozent der Ausgaben ausmachten, sparsam umgehen müsse. Es gälten nun eben nicht mehr die gemütlichen staatlichen Vorgaben, es gebe Veränderungen, denen habe man sich zu stellen. Bei derartigen Voten hörte man den ehemaligen Novartis Manager sprechen.

Plüss teilte die Ansicht nicht, dass die DRGs überstürzt und schlecht vorbereitet eingeführt worden sein. Ganz im Gegenteil, sie stellten ein nützliches Instrument dar, mit dem die verschiedenen Spitäler und Leistungen verglichen werden könnten. Dem Versprechen der Politiker vor der DRG-Einführung, dass das neue Finanzierungsmodell den stationären Bereich bei gleicher Qualität verbilligen werde, konnte er wenig abgewinnen. Es könne doch nicht erwartet werden, dass etwas qualitativ Gleichwertiges für weniger Geld zu haben sei. Mit der Einführung der DRG sei ein Sparauftrag auf die Spitäler zugekommen. So habe das Parlament beschlossen. Auf die Befürchtung und Beobachtung, dass eine derartige finanzielle Unsicherheit sich auf den ganzen Betrieb und die Mitarbeitenden auswirke und zu Spannung führe, ging er gar nicht ein.

Allgemeinversicherte nicht benachteiligen

Verschiedene Diskussionsteilnehmer schilderten Beispiele von Allgemeinversicherten, deren Operations- oder Behandlungstermin immer wieder verschoben worden war. Sie äusserten den Verdacht, dies geschehe zugunsten von Privatpatienten. Plüss stellte jedoch unmissverständlich klar, dass dies nicht geschehen dürfe.

Insgesamt war das Gespräch nützlich. Es zeigte, wie weit weg der Verwaltungsrat von der Basis ist und wie wenig er von den Sorgen der Mitarbeitenden weiss. Dass die von Michael Plüss treffend zusammengefassten finanziellen Unsicherheiten einen Einfluss auf den gesamten Betrieb haben, darf nicht vernachlässigt werden. Sie heizen die Sparhysterie zusätzlich an. Dazu kommen die zusätzlichen Belastungen und der grössere Druck. All das hat grosse Auswirkungen auf das Arbeitsklima und damit auch auf die Bereitschaft des Personals, auch einmal schwierigere Phasen durchzustehen. Doch ist das Personal die wichtigste Ressource des USB, wie es immer auf den Hochglanzprospekten heisst. Seinen Goodwill zu verspielen, käme das teuer zu stehen.

Daniel Gelzer, 7.11.2012